

Kreispolitik unterstützt Klimademos

Günter Rudolph (SPD) kanzelt Beitrag von der AfD als „wirr“ ab

VON ANNE QUEHL

Schwalm-Eder – Die Freitagsdemonstrationen von Schülern sind auf der Ebene der Kreispolitik angekommen. Ein Antrag der Linken-Fraktion, die Forderungen der Bewegung zu unterstützen, wurde gestern in Schwarzenborn durchaus kontrovers diskutiert. Offen dagegen stellte sich die AfD.

Jochen Böhme-Gingold (Linke) sagte, es sei beeindruckend, wie Schüler für die Zukunft des Planeten kämpfen. Noch bestehe die Chance, die Klimakatastrophe abzuwenden. Sein Antrag beinhaltet die Solidaritätserklärung mit der Schulstreikbewegung, die auch im Schwalm-Eder-Kreis aktiv ist, außerdem die Unterstützung des Forderungskatalogs, die im April in Berlin formuliert wurde, etwa Ausstieg aus der Kohleenergie und Abschaltung jedes vierten Kohlekraftwerks noch dieses Jahr.

Marcel Breidenstein kündigte zwar das Pro der Grünen an, warf der Linken jedoch vor, „die Bewegung zu kapern“. Für die SPD zog Monika Vaupel eine Parallele zur Studentenrevolte der späten Sechzigerjahre, die nicht ohne Rechtsverstöße ausgekommen sei. Ein Ja-Aber gab es von der CDU, Michael Schär führte aus, es sei zwar gut, dass die jungen Leute Druck machen, doch sei eine grundlegendere Debatte vonnöten in einer Region, in der es um Arbeitsplätze gerade



Haben die Unterstützung der Kreistagsmehrheit: Auch in unserem Landkreis kämpfen Schüler gegen den Klimawandel, hier ein Foto von der Kundgebung am 10. Mai in Fritzlar.

FOTO: ULRIKE LANGE-MICHAEL

auch auf dem Automobilsektor gehe. Mit der Beteiligung an der Charta Energiewende Nordhessen und dem energiepolitischen Leitbild sei der Kreis gut aufgestellt und solle das Thema im Umweltausschuss weiter beraten werden.

Ohne Streiks wären Arbeitszeitregelung kaum realisiert worden, befand Marcel Duve (Piraten). Eindeutig gegen Demonstrationen in der

Unterrichtszeit positionierte sich Wiebke Knell (FDP).

Marec Heger (AfD) meint, die Schülerbewegung habe jedes vernünftige Maß verloren, es würden apokalyptische Zustände prophezeit, die schwedische Initiatorin Greta Thunberg nannte Heger die „jesusgleiche Prophetin“. Mitten in seinem ausgedehnten Redebeitrag musste Heger nach einem längeren Aussetzer sein Konzept mü-

sam wiederfinden, um dann noch den Begriff „Klimahysterie“ unterzubringen, die Schüler würden medial aufgestachelt. Günter Rudolph (SPD) sprach daraufhin von einem „wirren Beitrag, der die Erderwärmung ignoriert“. „Fakten sind Fakten“, hielt der Grüne Marcel Breidenstein dem AfDler entgegen. Für eine Verschiebung in den Ausschuss war am Ende allein die CDU-Fraktion. Ab-

gestimmt wurde der Antrag in abgespeckter Form, dagegen war allein die AfD-Fraktion, CDU und FDP enthielten sich, alle erklärten sich solidarisch mit den Schülerprotesten.

Heidmarie Scheuch-Paschkewitz (Linke) hatte zudem während der Beratung vorgeschlagen, der Kreis solle die Schulen als Träger anweisen, auf eine Bestrafung der Schüler zu verzichten.